



Sessionsbericht

Nr.7 / Herbst 2019

Ihr EVP Team im Nationalrat

Marianne Streiff BE marianne.streiff@parl.ch 079 664 74 57
Nik Gugger ZH nik.gugger@parl.ch 079 385 35 35

Liebe Leserinnen und Leser

Die letzte Session einer Legislatur ist gleichzeitig auch immer die letzte vor den nationalen Erneuerungswahlen. So kurz davor wird natürlich versucht, die Aufmerksamkeit auf die Profilierung von Kandidierenden und ihrer Parteien zu lenken. Die Ratsmitglieder sind zudem gefordert, nebst Sessionstätigkeit verschiedenste Medien- und Podiumsauftritte zu absolvieren. Diese Schluss-Session ist aber auch eine Zeit des Abschieds. Für viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier ist es das Ende ihres Wirkens in Bern. Einige treten zu den Wahlen am 20. Oktober nicht mehr an, andere werden ihre Wiederwahl verpassen. Wir hoffen natürlich, dass wir nicht dazu gehören! Aus dieser lebhaft bunten Herbstsession bieten wir Ihnen einen kurzen Querschnitt.

Viel Vergnügen beim Lesen.



In diesem Bericht:	Seite
Vaterschaftsurlaub	2
Begrenzungsinitiative	2
Jagdgesetz	3
Wahlkampf	4
Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung	4
Handelsverbot für illegales Holz	5
E-ID	5
Steuerabzüge für Kinderdritt- besteuerung	6
Frühförderung	
Vorstösse	7

Vaterschaftsurlaub

Väter erhalten nach der Geburt ihres Kindes künftig zwei Wochen bezahlten Urlaub. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat diesem minimalen Vorschlag zugestimmt, den natürlich auch wir von der EVP unterstützten. Der Entscheid fiel mit 129 zu 62 Stimmen bei einer Enthaltung. Der vierwöchige Vaterschaftsurlaub konnte im Parlament dagegen leider nicht bestehen. Wie der Bundesrat empfiehlt eine Mehrheit die Initiative zur Ablehnung. Dieser Entscheid fiel mit 120 zu 67 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Für den zweiwöchigen Urlaub werden 0,06 zusätzliche Lohnprozente je hälftig bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern erhoben. Der Urlaub könnte in den ersten sechs Monaten nach der Geburt eines Kindes am Stück oder tageweise bezogen werden. Die Kosten werden auf 224 Millionen Franken geschätzt.

Ob die Initianten ihr Volksbegehren nun zurückziehen, ist offen. Die gesetzliche Lösung kann umgesetzt werden, wenn die Initiative an der Urne von Volk und Ständen abgelehnt wird oder wenn das Initiativkomitee sein Begehren zurückzieht. Im Parlament wird der Ruf nach grosszügigeren Elternzeitmodellen lauter.

Marianne erwähnte in ihrem Votum, dass sich die EVP Schweiz seit ihrer Gründung für das Wohl von Familien engagiert. Dazu gehören der Schutz der Partnerschaftlichkeit in der Familie, das Wohl der Kinder und die Aufwertung der Familienarbeit. Bereits vor neun Jahren reichte Marianne eine Motion für einen Vaterschaftsurlaub ein, die leider im Silo der unbehandelten Vorstösse verschwand. Die EVP Schweiz hat die Initiative unterstützt.

[Votum Marianne >>>](#)

Zuwanderung - Begrenzungsinitiative

Die Volksinitiative der SVP „für eine massvolle Zuwanderung“, genannt Begrenzungsinitiative, hat im Nationalrat viele emotionale Voten ausgelöst. Landesweit wird dieses Volksbegehren auch „Kündigungsinitiative“ genannt. Dies weil die Initiative verlangt, dass der Bundesrat das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU bereits ein Jahr nach der Abstimmung aufzulösen hätte – damit würden auch die weiteren Verträge aus dem Paket der Bilateralen I dahinfallen.

Über achtzig Parlamentsmitglieder hatten sich für ein Votum eingeschrieben. Die Hälfte davon allein aus der SVP. Die Ouvertüre zur Marathondebatte war vor allem eines: Wahlkampf. Insbesondere die Initianten von der SVP nahmen die Behandlung der Volksinitiative zum Anlass, sich einen Monat vor den Parlamentswahlen in einem ihrer Schwerpunktthemen zu profilieren. Es brauchte über 10 Stunden, um diese Debatte zu führen. Ausser der



SVP verteidigten alle Parteien den bilateralen Weg und empfahlen die Initiative zur Ablehnung.

Als Fraktionssprecherin hob Marianne in ihrem Votum besonders hervor, dass auch wir von der EVP uns klar von den in der Initiative enthaltenen isolationistischen Tendenzen distanzieren und die Initiative ablehnen. Bei Annahme der Initiative würde sich die Schweiz die Möglichkeit verbauen, am europäischen Markt teilnehmen zu können und diesen mitzugestalten. Das hätte verheerende Folgen für die Wirtschaft.

[Votum Marianne >>>](#)

Jagdgesetz

Der Schutz der Wölfe vor dem Abschuss wird in der Schweiz gelockert, und auch andere geschützte Tiere können geschossen werden, wenn durch sie Schaden droht. Die Räte haben das revidierte Jagdgesetz bereinigt und Anträgen der Einigungskonferenz zugestimmt. Das letzte Wort dürfte aber das Volk haben, denn das Referendum ist bereits angekündigt und SP und Grüne haben ihm Unterstützung zugesichert.

Naturschutzorganisationen haben bereits während der Beratungen in den Räten ein Referendum angekündigt. Aus ihrer Sicht führt die Gesetzesrevision zu einer inakzeptablen Schwächung des Artenschutzes. Geschützte Tiere dürfen gemäss dem revidierten Gesetz zur Bestandesregulierung abgeschossen werden. Im Gesetz nicht genannt werden indes der Biber und der Luchs; beide wurden vom Parlament zunächst eingefügt und dann wieder gestrichen. Allerdings gibt das Gesetz dem Bundesrat die Kompetenz, weitere geschützte Tierarten für die Bestandsregulierung zum Abschuss freizugeben. Möglich ist dies auf dem Verordnungsweg. Für uns von der EVP fällt diese nun endlich abgeschlossene Revision des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel – auch nach der Einigungskonferenz – zu einseitig aus. Für bedrohte, auf der Roten Liste geführte Arten wird der Schutz nicht verbessert. Es sind die radikalen Positionen, die obsiegt haben. Die Liste regulierbarer, geschützter Arten kann jederzeit durch den Bundesrat auf Luchs, Biber, Graureiher und sonst irgendwie störende Wildtiere erweitert werden. Das geht eindeutig zu weit, viel zu weit! Wir haben deshalb diese Vorlage in der Schlussabstimmung abgelehnt. Das Volk wird die Möglichkeit haben darüber zu entscheiden.



Wahlkampf während der Session

Die Herbstsession im Wahljahr fällt jeweils mitten in die heisse Phase des Wahlkampfs. Das bedeutet für die sich zur Wiederwahl stellenden Parlamentsmitglieder Non-Stop Doppelbeanspruchung. Podien, Medienauftritte, Parteiversammlungen, Standaktionen, persönliches Netzwerk bedienen etc. etc...! Trotz vielen positiven Prognosen muss der Wahlerfolg von allen am Wahlkampf Beteiligten und Interessierten hart erarbeitet werden. Erst am Abend des Wahlsonntags zeigt sich, wer Grund hat zum Jubeln. Wir geben alles für ein gutes Resultat der EVP und unsere Wiederwahl.

Wir danken allen 306 *jevp- und EVP-Kandidierenden aus 16 Kantonen die, wie wir, bereits seit Wochen Vollgas geben, damit die EVP zu den Wahlgewinnerinnen gehört. M E R C !!!! Natürlich braucht es dazu kreative Ideen, um potentielle Wählerinnen und Wähler zu überzeugen und zu gewinnen. Inserate, Plakate, persönliche Briefe, Telefonanrufe und Gespräche an der Haustüre oder beim Café sind das Eine. Give-Aways als kleine Aufmerksamkeiten das Andere.

Nik hat uns mit einem ganz besonders attraktiven und vor allem süssen Gadget überrascht. Mini-Hüppen aus Gottlieben mit seiner persönlichen Werbung darauf. Bon appetit! Git Gluscht uf meh... EVP!

Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung

Mit 129 Ja-Stimmen zu 48 Nein bei 7 Enthaltungen hat der Nationalrat das Bundesgesetz zur „Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung“ verabschiedet. Mit den beschlossenen Massnahmen des Bundesrats soll die Situation der zahlreichen betreuenden und pflegenden Angehörigen verbessert werden. Personen, die zusätzlich zur Erwerbstätigkeit auch Angehörige betreuen, sollen entlastet werden.

Eltern, die ihr schwerkrankes oder verunfalltes Kind pflegen, bekommen einen 14-wöchigen Betreuungsurlaub oder die Möglichkeit, bis zu zehn Tage pro Jahr (maximal drei Tage pro Ereignis) zur Pflege und Betreuung von Angehörigen frei zu nehmen. Die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist seit Jahrzehnten ein Dauerbrenner. Bisher leider nur verbal. Endlich haben wir nun ein Gesetz, das zwar noch nicht optimal ist, jedoch in die richtige Richtung geht. Wir von der EVP sind dankbar dafür, auch wenn wir bei weitergehenden Minderheitsanträgen mehrheitlich scheiterten.



Umweltgesetz: Handelsverbot für illegales Holz sowie Deklarationspflicht zur Art und Herkunft des Holzes

Illegal gefälltes Holz darf in der Schweiz nicht mehr gehandelt werden. Zusätzlich ins Gesetz kommt die Weiterführung der Deklarationspflicht zu Art und Herkunft des Holzes, dies sehr zu Freude von uns sowie von Umwelt- und Konsumentenschutzorganisationen.

Pro Natura, Swissaid und der Bruno Manser Fonds haben die Notwendigkeit einer Deklaration des Holzes zusätzlich mit einer Petition von 12'000 Unterschriften unterstrichen.

Als Ergänzung brachte der Nationalrat zusätzlich ein, dass der Bundesrat auch für andere Rohstoffe und Produkte die Anforderungen festlegen kann. Dies betrifft Produkte, deren Anbau, Abbau oder Herstellung die Umwelt erheblich belasten oder natürliche Ressourcen gefährden. Zum Beispiel die umstrittenen Palmöl-Artikel.

Das Geschäft wurde in der Schlussabstimmung mit 196 zu 1 Stimmen verabschiedet, was uns sehr freute.

E-ID anerkannte digitale Identität

Eine korrekte Identifikation im Internet wird immer wichtiger, sei es von kommerziellen Bestellungen bis hin zur Nutzung staatlicher Dienstleistungen. Damit die Bevölkerung diese Angebote einfach und sicher nutzen kann, braucht es klare Regeln. Der Bundesrat hat deshalb zuhause des Parlaments die Botschaft zu einem neuen Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz) verabschiedet. Er erhofft sich mit einer staatlich anerkannten digitalen Identität einen besseren Schutz im Internet für die Nutzerinnen und Nutzer.

Obwohl grundsätzlich beide Räte dafür sind, sind sich die Kritiker über die Einzelheiten nicht einig. Sie warnen vor neuen Datensammlungen. Vorgesehen ist, dass der Staat die Identität einer Person prüft, staatlich anerkannte Betriebe erstellen dann den elektronischen Ausweis (E-ID). Nach dem Nationalrat hat in der letzten Sessionswoche auch der Ständerat dieser Aufgabenteilung zugestimmt. Die Gegner planen nun ein Referendum, da sie wollen, dass alles vom Staat aus gemacht wird.

Wir verstehen die Bedenken und stehen für eine umfassende Sicherheit im Internet ein, sehen aber klar, dass der Bund nicht alles leisten kann.



Erhöhung der Steuerabzüge für Kinderdrittbetreuung

Die Steuerabzüge für die externe Kinderbetreuung sollen erhöht werden. Lassen Eltern ihre Kinder extern betreuen, sollen sie künftig bei der direkten Bundessteuer statt 10'100 Franken bis zu 25'000 Franken belegbare Kosten abziehen können. Dafür haben sich der Nationalrat und der Ständerat bereits in der Sommersession ausgesprochen. Umstritten blieb die Frage, ob auch Eltern profitieren sollen, die ihre Kinder selber betreuen. Es geht um einen Kinderabzug von neu 10'000 statt bisher 6'500 Franken. Nachdem der Ständerat zum zweiten Mal Nein gesagt hatte, ging das Geschäft letztendlich in die Einigungskonferenz und kam so durch. Der Nationalrat entschied in der Schlussabstimmung mit 132 zu 62 Stimmen das Geschäft mit diesem Abzug anzunehmen. Wir stimmten natürlich dafür, da die EVP kein Familiensystem benachteiligen will.

Frühförderung

Der Bundesrat hat den Auftrag erhalten, die Förderung der frühen Kindheit weiter zu verstärken. Der Nationalrat hat ein entsprechendes Postulat von Nik mit 112 zu 76 Stimmen bei 3 Enthaltungen gutgeheissen. In einem Bericht soll die Regierung nun darlegen, wie beispielsweise die Integration fremdsprachiger Kinder oder die Qualität der Berufe im Bereich Früherziehung und Beratung verbessert werden könnte. Die aktuelle Situation bei der Frühförderung sei ein "Flickwerk", sagte Nik. Und weiter: „Der Austausch zwischen privaten und öffentlichen Institutionen auf den verschiedenen Ebenen und überregional muss deshalb aktiv gefördert werden. Dies sollte natürlich wissenschaftlich auf einem hohen Niveau sein und begleitet werden. Schliesslich ist wichtig, dass bei allen Massnahmen das Subsidiaritätsprinzip respektiert wird und alle Akteure die Zusammenarbeit miteinander gestalten. Ich bitte Sie, in unsere Zukunft, in die Kinder zu investieren und eine Politik zugunsten der frühen Kindheit in Angriff zu nehmen.“

Unter anderem die SVP sah keinen Handlungsbedarf, blieb mit ihrer Opposition in der Minderheit.

[Votum von Nik>>>](#)



Jede Stunde stirbt in der Schweiz mindestens eine Person an den Folgen des Rauchens. Das sind jährlich 9'500 Personen. Am 12. September wurde die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung» der Bundeskanzlei übergeben. Die EVP war mit Nik an vorderster Stelle, um das Anliegen zu unterstützen.



In dieser Session eingereichte Vorstösse:

Nik Gugger

Interpellationen:

- Die grüne Lunge der Erde brennt
- Wir dürfen die Privatsphäre unserer Schülerinnen und Schüler nicht verkaufen
- Ärzt/Innen und Patient/Innen. Verstehen und verstanden werden
- Viereckige Augen – Gaming disorder
- Wurde Chlorothalonil in der Schweiz weniger restriktiv zugelassen, als in Deutschland und Österreich?

[Link Vorstösse Nik](#)

Marianne Streiff

Postulat:

- Versorgungslücken schliessen - Es ist Zeit für neue Pflegemodelle

[Link Vorstösse Marianne](#)



Legislaturende. Danke liebe Leserinnen und Leser für Ihr Interesse an unserer Arbeit während der letzten 4 Jahre. Hoffentlich auf „Wiederlesen“ im Dezember 2019. Gott segne Sie.

Impressum:
Verfasst und gestaltet von
Nik Gugger und
Marianne Streiff

Versand: Generalsekretariat
der EVP Schweiz

National- und Ständeratswahlen 2019
EVP – Damit Werte wieder zählen!

